# Inklusionsforum für junge Menschen

## 15.05.2019 in Forst/Lausitz

Gleichberechtigte Teilhabe und Beteiligung
aus der Sicht junger Menschen
des Landkreises Spree-Neiße und der Stadt Cottbus

Arbeitsergebnisse und Anregungen
für die Landesregierung und die kommunale Verwaltung

kobra.net
Beratung.Bildung.Brandenburg

LAND BRANDENBURG
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Inklusion in Brandenburg
Gemeinsam Teilhabe gestalten

KOMPETENZZENTRUM KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG BRANDENBURG

www.kooperationsstelle-inklusion.de

## Drittes Inklusionsforum für Jugendliche und junge Erwachsene

Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Landkreis Spree-Neiße sowie der Stadt Cottbus begegneten sich am 15.05.2019 im Kreistagsgebäude in Forst, um gemeinsam ihre Möglichkeiten der Teilhabe in allen Lebensbereichen zu diskutieren.

Auf Einladung der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Frau Susanna Karawanskij, kamen 33 junge Menschen im Alter von 13 bis 21 Jahren mit ihren pädagogischen Begleiterinnen und Begleitern von 09:30 bis 13:00 Uhr auf das Inklusionsforum, um sich zu den folgenden Fragen auszutauschen:

*Welchen Blick haben junge Menschen mit und ohne Behinderung auf das Leben und Lernen in der Gemeinschaft?*

*Welche Barrieren sehen sie in ihrem Umfeld und welche Ideen zur Überwindung haben sie?*

*Bei welchen Themen wollen sie (mehr) mitbestimmen?*

In sieben Arbeitsgruppen erarbeiteten die Teilnehmer/innen Anregungen und „Hausaufgaben“ für die Landesregierung zu Themen, die ihnen in der Schule, bei der Ausbildung, in der Freizeit, beim Wohnen und bei der Mitbestimmung wichtig sind.

Die Beteiligungsveranstaltung fand im Rahmen des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes 2.0 der Landesregierung statt.

Die Kooperationsstelle inklusives Aufwachsen der kobra.net GmbH war erneut für die Umsetzung zuständig.

Vor Allem auf kommunaler Ebene gab es ein großes Interesse, die Meinungen der jungen Menschen zu hören. Frau Noack (Integrations- und Behindertenbeauftragte des Landkreises Spree-Neiße), Frau Dieckmann (Dezernentin und Leiterin des Geschäftsbereiches Jugend, Kultur und Soziales der Stadt Cottbus) sowie Frau Dr. Mandel (Beauftragte der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen) eröffneten die Veranstaltung mit einem Grußwort. Claudia Buschner und Lea Bräunling führten als Moderationsteam durch die Veranstaltung.

Frau Dr. Mandel

Moderationsteam – C. Buschner & L. Bräunling

Im Kreistagssaal in Forst

**Arbeitsthemen**

Zu den folgenden Fragestellungen aus 6 Themenfeldern haben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen gearbeitet:

***Unsere Schule, unser Wohnheim***
Wie müsste meine Schule/ mein Wohnheim sein, damit ich gut lernen und spielen kann?

***Freizeit, Kultur, Sport***
Was würde ich in meiner Freizeit gerne machen? Was brauche ich?

***Wohnen***
Wie und wo möchte ich gerne wohnen?

***Ausbildung***
Wie muss meine Ausbildung sein, damit ich meinen Beruf gut lernen kann?

***Gesundheitliche Versorgung und Pflege***
Was hilft mir, um gesund zu bleiben?

***Beteiligung und Interessenvertretung***
Wie und wo würde ich gerne mitreden oder mitentscheiden?

Pausenzeit

Ergebnispräsentation

## Teilnehmende Bildungseinrichtungen 2019

SRH Berufsbildungswerk Cottbus
Berufsvorbereitung, Ausbildung und Behindertensport

Gutenberg Oberschule
Schule für Gemeinsames Lernen und Berufsorientierende Oberschule

Lausitzer Sportschule Cottbus
Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe

Lebenshilfe Werkstätten Hand in Hand

Pestalozzi-Gymnasium Guben

Oberschule Germanus Theiss
Praxisorientierte Oberschule mit offenem Ganztagsangebot

Theodor-Fontane-Schule Cottbus
Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe

## Ideen und Anregungen junger Menschen zur gleichberechtigten Teilhabe am Leben, beim Lernen, bei der Ausbildung und in der Gesellschaft

Aus den Arbeitsgruppenergebnissen wurden die folgenden Anregungen für die Ressorts der Landesregierung sowie kommunalen Entscheidungsträger formuliert:

**Ministerium für Bildung, Jugend und Sport/**
**Staatliches Schulamt Cottbus/**
**Schulträger:**

Fast alle teilnehmenden Schüler/innen widmeten sich dem Thema „Schule". Gemeinsam überlegten sie, was man beim gemeinsamen Lernen verbessern könnte bzw. wo sie im Alltag Barrieren vorfinden. Die Antworten auf diese Fragen waren sehr vielfältig. Zum einen wünschen sich manche Teilnehmer/innen **mehr Förderunterricht**. Darüber hinaus machten sie deutlich, dass sie die unmittelbaren Leidtragenden des Lehrermangels sind. Oft falle Unterricht aus und die Lehrkräfte aus dem Quereinstiegsprogramm seien nicht ausreichend qualifiziert, sagten sie. Auch wünschen sich die Schüler/innen **mehr Lehrpersonal für Gruppenarbeiten** im Unterricht. Einige Schüler/innen bemängelten die **Lernatmosphäre** während des Unterrichts. Diese sei oft zu laut und ermögliche es ihnen nicht sich zu konzentrieren. Überforderung von schulischen Verpflichtungen kam zum Ausdruck und wurde mit dem Wunsch nach **mehr Zeit**, um Hobbies und Interessen nachzugehen verbunden sowie mit einer dafür notwendige Reduzierung der Hausaufgaben am Nachmittag.

Wichtig waren ebenfalls die baulichen Gegebenheiten am Schulstandort. Hier wünschen sich die Schüler/innen **renovierte Klassenräume**, einen **sicheren und adäquaten Weg vom Bus zur Schule** sowie **Barrierefreiheit** auf dem gesamten Schulkomplex. Wie in vielen anderen ländlichen Regionen spielte auch hier der freie Zugang zum Internet eine große Rolle. Die Schüler/innen wünschen sich einen größeren Schritt in Richtung **digitales Lernen mit der dazugehörigen technischen Ausstattung** (ausreichend PC-Plätze/ Tablets, freier WLAN-Zugang, etc.). Im Schulgebäude vermissen die Teilnehmer/innen **Arbeits- und Freizeiträume**, in welche sie sich während des Schulalltages zurückziehen können. Der Wunsch nach einem „geschützten und abgegrenzten" Schulstandort, d.h. ein Schutz der Schüler/innen gegenüber „schulfremden Personen" wurde ebenfalls geäußert.

Bezüglich ihrer Partizipationsmöglichkeiten, sagten die Schüler/innen, dass sie gerne verstärkt bei der **Schulhofgestaltung**, der **Wahl der Unterrichtsthemen** und des **Schulessens**, der **Planung von Projekt- und Wandertagen** sowie **Klassenfahrten** mitentscheiden wollen. Zudem forderten sie eine **gleichberechtigte Behandlung aller Schüler/innen**, unabhängig von ihrem Förderbedarf, ihrer Herkunft oder ihres sozialen Hintergrundes. Darüber hinaus sollte es ihrer Meinung nach an den Schulen eine **Interessenvertretung für alle Schüler/innen mit Behinderung** geben.

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie/**
**Ministerium für Wirtschaft und Energie/**
**Jobcenter/ Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg/**
**Handwerkskammer Cottbus:**

Auch die Auszubildenden äußerten konstruktive Kritik gegenüber dem Stand der Ausbildungen im Bereich Inklusion. Hierbei wünschen sie sich u.a., dass die Ausbildungsbetriebe/ Arbeitgeber im Vorfeld über den Umgang und die Einstellungsmöglichkeiten von jungen Menschen mit Behinderung aufgeklärt werden.

Parallel schlugen sie vor, ein **Inklusionsforum nur für Arbeitgeber** zu veranstalten. Die Bereitschaft der Ausbildungsbetriebe ggf. notwendige, **technische Assistenzen** (Hörsets, Einhandtastatur, etc.) für die Auszubildenden bereit zu stellen, sollte ebenfalls gestärkt werden, um die Ausbildungschancen zu erhöhen und den **Zugang zum ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung zu verbessern**. Des Weiteren forderten die Teilnehmer/innen einen **Mindestlohn für alle** – insbesondere für die in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) Tätigen.

Wie für die Schüler/innen, hat auch unter den Auszubildenden das Thema „Digitalisierung" einen hohen Stellenwert. In den WfbM wünschen sich die Beschäftigten einen **WLAN-Zugang**, welchen sie in den Pausenzeiten nutzen können.

Um Schüler/innen bei der Berufswahl verstärkt zu unterstützen, schlugen die Auszubildenden eine **verbesserte Einbeziehung bzw. Aufklärungsdienstleistung des Jobcenters** vor. Geäußert wurde auch der Wunsch nach Ausweitung des Spektrums möglicher Berufe bei der Berufswahl für Menschen mit Behinderung, welches derzeit noch sehr eingeschränkt ist.

Die Teilnehmer/innen der Lebenshilfe Werkstätten wünschen sich zudem **mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen mit geistiger Behinderung**. Gerne möchten sie bei der **Essensauswahl** in der Werkstatt mitentscheiden und wünschen sich mehr Gehör gegenüber dem Werkstattleiter.

Insbesondere Menschen mit Behinderung sind oft auf eine **adäquate medizinische Unterstützung bzw. Versorgung** angewiesen. Dies wird vor Allem im ländlichen Raum zu einem immer größer werdenden Problem, da nicht genug Ärzte verfügbar sind, um den Bedarf der Patientinnen und Patienten zu decken. Auf dem Inklusionsforum bemängelten Teilnehmer/innen diesbezüglich **lange Wartezeiten** bei der Anwendung verschriebener Therapien. Besonders während der Entwicklungsphase junger Menschen, ist eine zeitnahe Durchführung solch notwendiger Hilfeleistungen von Bedeutung.

**Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung/**
**Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft/**
**Stadt Cottbus/ Landkreis Spree-Neiße/ Cottbusverkehr GmbH:**

Die Verkehrsanbindung und Barrierefreiheit im ÖPNV, war auch in diesem Jahr ein Thema der jungen Menschen. Insbesondere die **fehlende Barrierefreiheit** für Rollstuhlfahrer in den Bussen, so wie die **geringe Taktung der Busse** während der Schulferien wurden bemängelt. In beiden Bereichen wünschen sich die Teilnehmer/innen eine Besserung, um flexibler und mobiler im ländlichen Raum zu sein.

Die jungen Menschen wünschen sich auch über ihren Bildungsstandort hinaus eine größere **Mitbestimmung bei der Gestaltung ihres Lebensraumes**. So möchten sie bei Stadtplanungsangelegenheiten mitwirken. Ein Beispiel hierfür ist die Planung des Stadtfestes, in welches sie gerne stärker einbezogen werden wollen.

Ein wichtiges Thema für die meisten jungen Menschen ist die Freizeitgestaltung. Auch hierzu gab es vielerlei Anmerkungen der Teilnehmer/innen. Darunter wurde deutlich, dass die **fehlende Barrierefreiheit bei Freizeitangeboten** ein großes Problem darstellt. Geschäfte sind oft schwer zugänglich und Sportmöglichkeiten nur begrenzt für Menschen mit Behinderungen vorhanden. Dementsprechend wünschen sich die jungen Menschen **mehr und barrierefreie Einkaufsmöglichkeiten** sowie ein größeres **Sportangebot für Menschen mit Behinderung**. Eine **Ausweitung der Freizeitmöglichkeiten** (Freiluftkino, Disco, Jugendclubs ab 14 Jahren, öffentliche

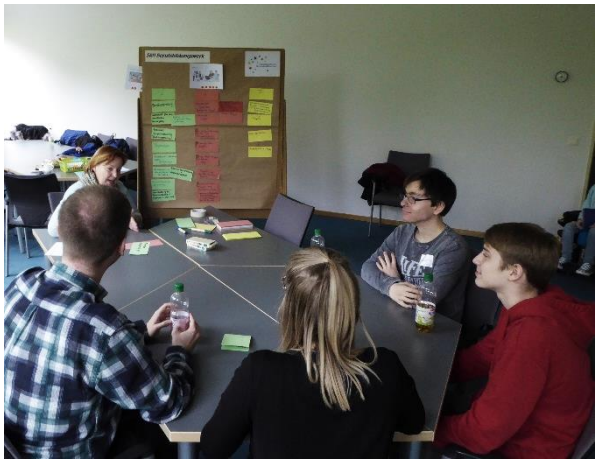
Sportplätze, Freizeitbäder, etc.) in den ländlichen Regionen sollte ebenfalls angestrebt werden.

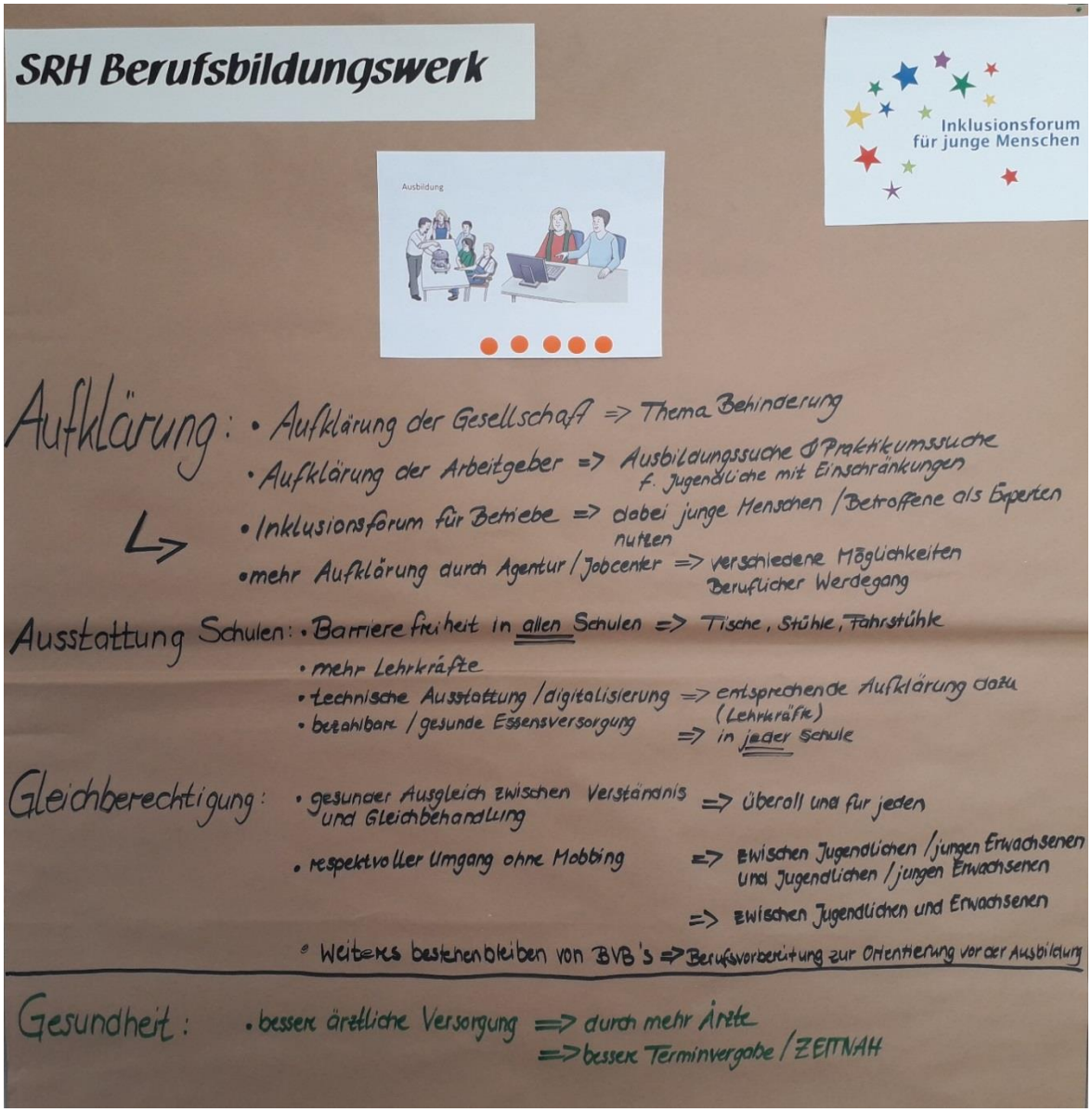
In den Urlaub fahren, stellt für Menschen mit Behinderung oft eine große Hürde dar. Jugendliche, die auch einmal ohne ihre Eltern in ein Ferienlager o.ä. fahren möchten, werden häufig benachteiligt, da diese Angebote in den meisten Fälle nicht barrierefrei sind bzw. nicht die notwendige Betreuung/ Versorgung garantieren können. Diesbezüglich fordern die Teilnehmer/innen mehr **Unterstützungsleistungen bei der Wahrnehmung eines Urlaubs**.

***Die Entwicklung einer inklusiven Haltung:***

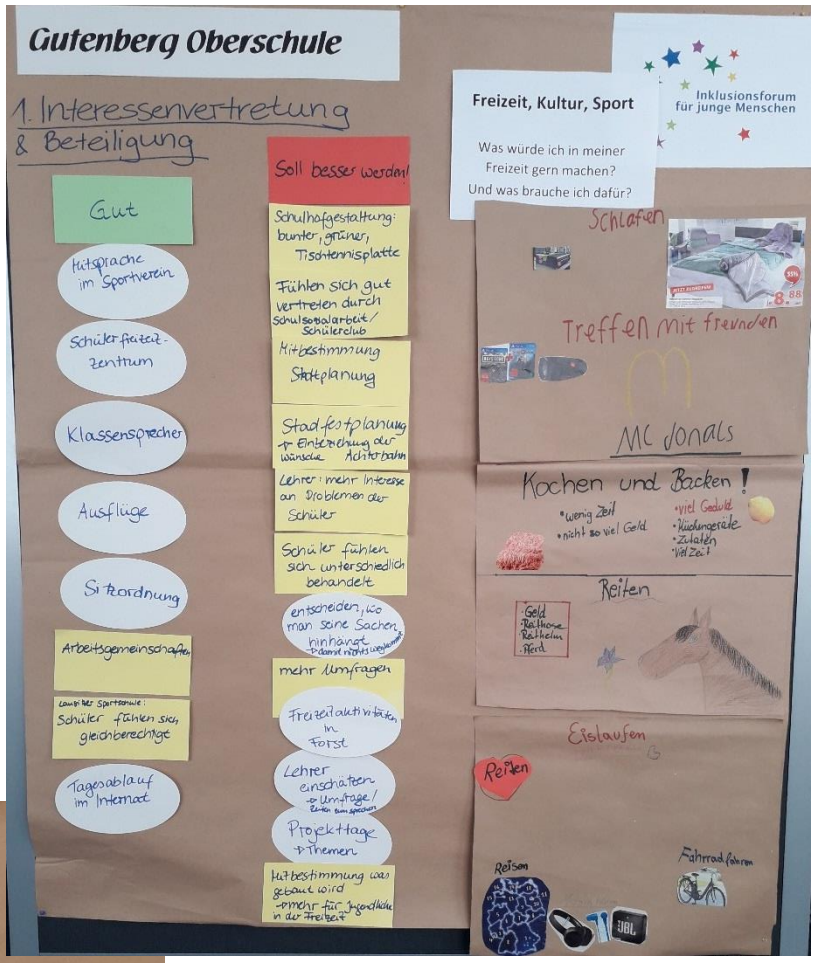
*Allgemein vertreten, war die Einstellung, dass es einen gesellschaftlichen Umbruch hin zu einer inklusiveren Haltung geben muss. Die Teilnehmer/innen wünschen sich einen respektvolleren Umgang miteinander – alle Altersstufen betreffend. Es sollte ein* ***gesunder Ausgleich zwischen Verständnis und Gleichbehandlung*** *herrschen und das Wort „Behinderung" sollte kein Schimpfwort sein.*

Ihre Anregungen zu den Themen **„Aufklärung“, „Schulausstattung“, „Gleichberechtigung“** und **„Gesundheit“** haben fünf junge Erwachsene des **SRH Berufsbildungswerk Cottbus** erarbeitet.



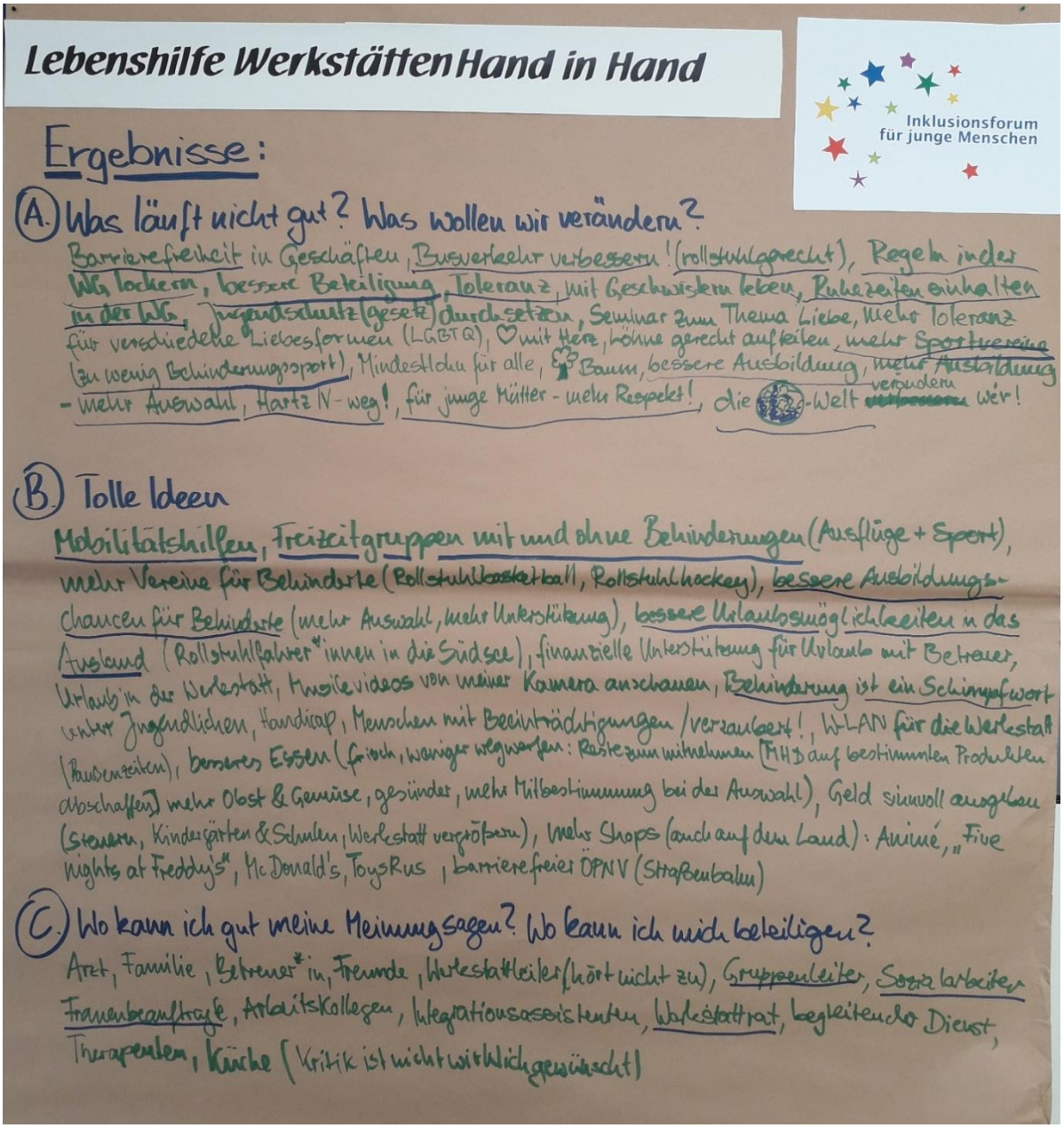


Drei Teilnehmer/innen der **Gutenberg Oberschule** tauschten sich gemeinsam mit einem Schüler der **Lausitzer Sportschule Cottbus** zu den Themen **„Ausbildung“, „Interessenvertretung und Beteiligung“** sowie **„Freizeit, Kultur, Sport“** aus.

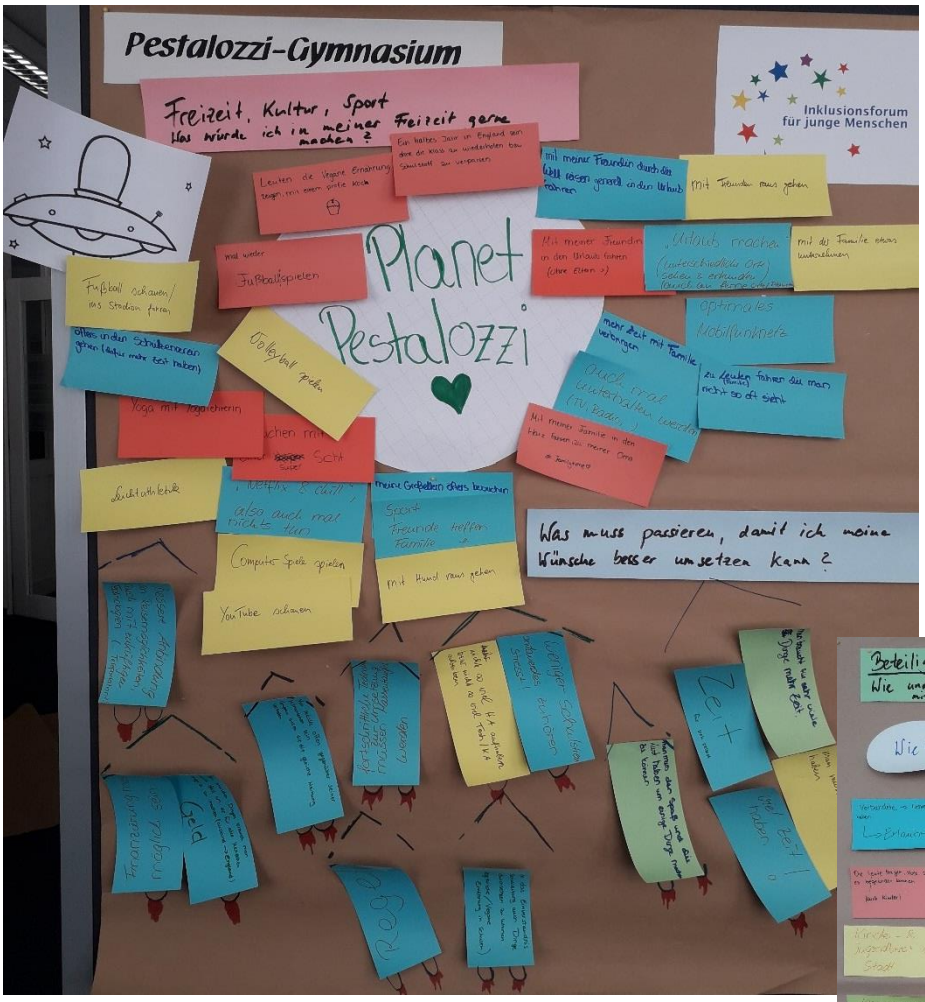


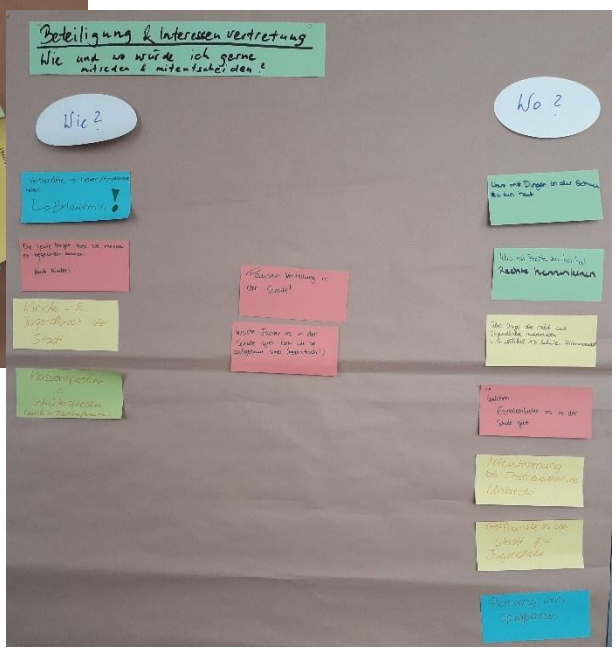

Die Gutenberg Oberschule ist eine Schule für Gemeinsames Lernen und berufsorientierende Oberschule, die Lausitzer Sportschule eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe.

Die **Lebenshilfe Werkstätten Hand in Hand** waren mit insgesamt neun Auszubildenden vertreten, die sich diversen Themen widmeten.



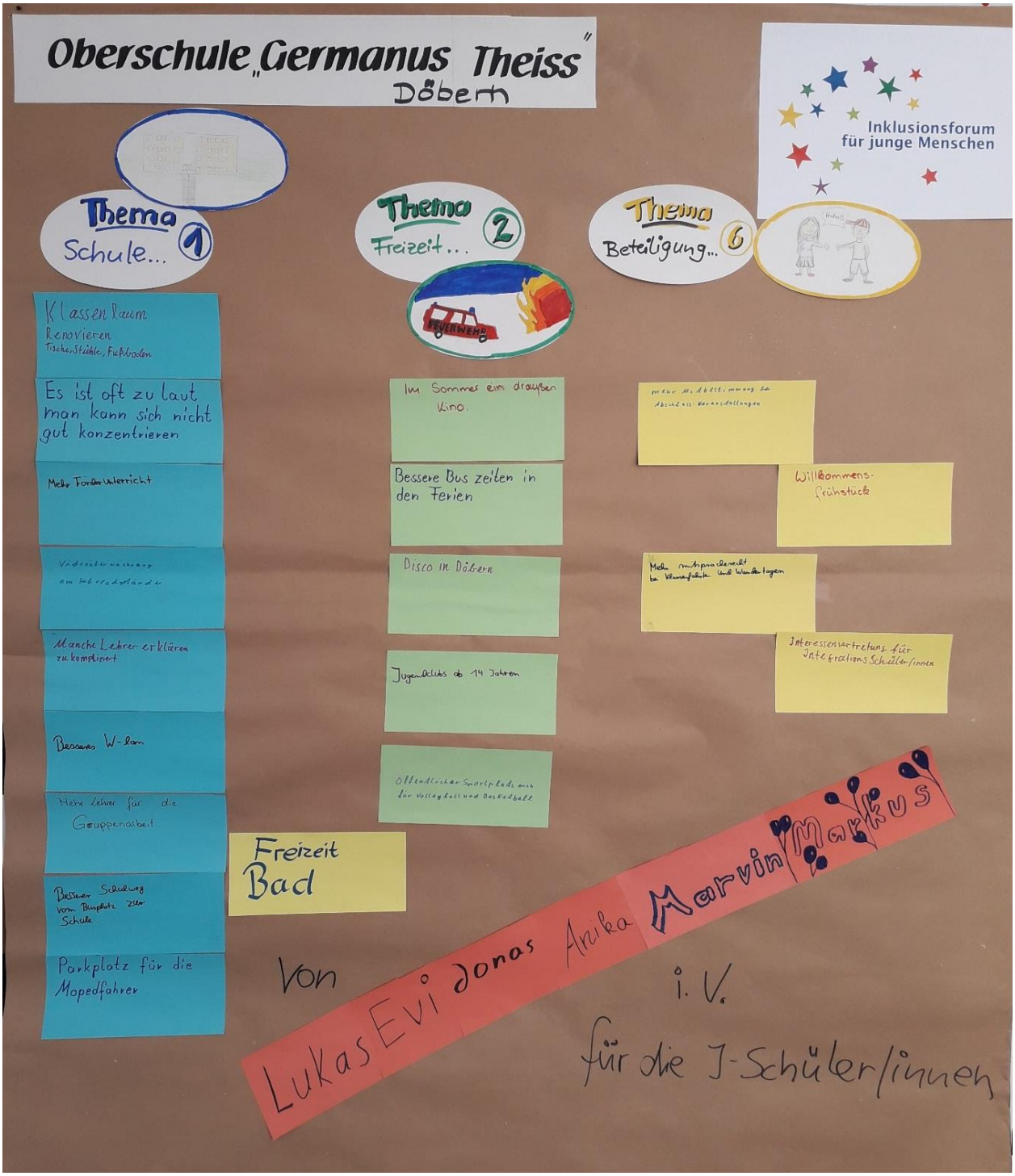
Die Themen **„Freizeit, Kultur, Sport“** und **„Beteiligung und Interessenvertretung“** wurden von fünf Schülerinnen und Schülern des **Pestalozzi-Gymnasium Guben** bearbeitet.



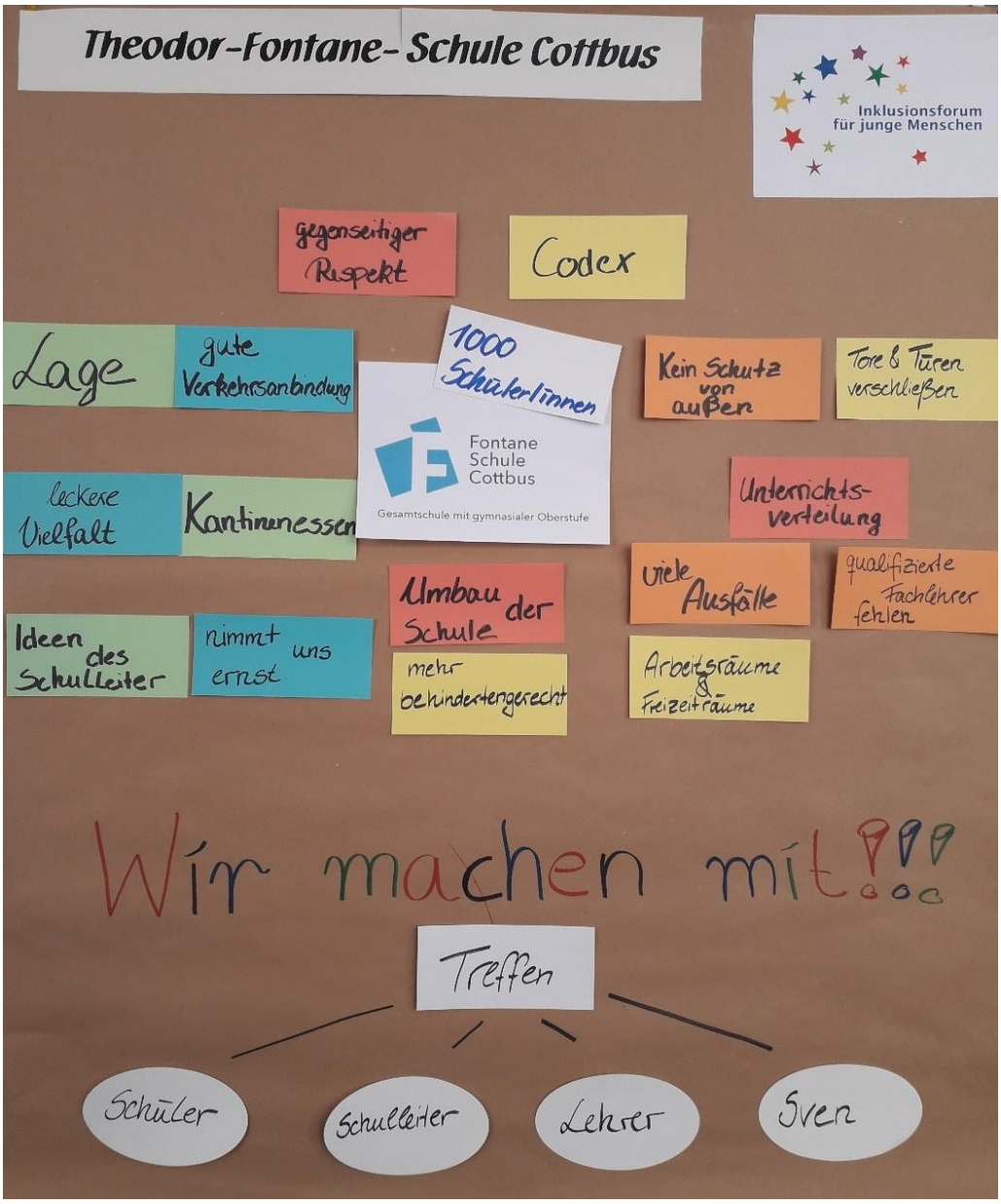



Die **Oberschule Germanus Theiss** ist eine praxisorientierte Oberschule mit offenem Ganztagsangebot.

Sechs Teilnehmer/innen im Alter von 13 bis 17 Jahren arbeiteten zu den Themen **„Unsere Schule“, „Freizeit, Kultur, Sport“** sowie **„Beteiligung und Interessenvertretung“**.



Vier Teilnehmer/innen der **Theodor-Fontane-Schule Cottbus** setzten sich mit dem Thema **„Unsere Schule“** auseinander. Die Schule ist eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe.



**Ergebnisse der Betreuer/innen-AG:**

Um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern möglichst viel Freiraum und den begleitenden Fachkräften gleichzeitig eine Austauschplattform zu bieten, gab es erstmalig eine AG nur für Betreuer/innen und weitere Gäste des Forums. So diskutierten neben den pädagogischen Fachkräften auch betroffene Eltern sowie Landes- und Kommunalvertreter/innen miteinander.

Hierbei war ein wichtiger Punkt, dass das Kind bzw. der Jugendliche **mehr in wichtige Entscheidungsprozesse (Bsp. Hilfeplangespräch) einbezogen werden** sollte. Es sollte verstärkt auf ihre/seine Bedarfe (Was findet er/sie hilfreich? Was braucht er/sie zum Lernen, Leben, Arbeiten, Wohnen, Freizeitgestalten, etc.?) eingegangen werden.

Generell sollten die Stärken der Kinder und Jugendlichen mehr in den Vordergrund gestellt werden. Anstatt einer Benotung der Leistungen und einem Aufzeigen der Schwächen, sollte es Niveaustufen geben, je nach Stärken und Stand der Entwicklung (Förderung der intrinsischen Lernmotivation). Durch eine **Fokussierung auf die Stärken bzw. Begabungen** könnten mehr Potenziale im Schulalltag/ Beruf sowie in der Freizeit genutzt werden. Es sollte zudem mehr Arbeitsplätze geben, die auf Stärken abzielen und an den Arbeitnehmer angepasst sind. Geförderte Arbeitsplätze sollten für Arbeitgeber lukrativer gemacht werden, um Ressourcen wie bspw. eine **adäquate räumliche Ausstattung und Hilfsmittel** zu finanzieren. Menschen mit Behinderung wollen oft keine Sonderstellung erfahren. Wichtiger sind das Hervorheben und die Wertschätzung ihres Könnens. Sie wollen das Gefühl vermittelt bekommen: **"Ich bin wichtig, ich werde gehört und ich bin ein Teil der Gesellschaft."** Menschen mit Behinderung wollen keine Bittsteller für Alltagshilfen sein. Sie wollen lediglich Mensch sein und an der Gesellschaft teilhaben, ohne um ihre Selbständigkeit kämpfen zu müssen. Das setzt voraus, dass der Kostenfaktor nicht im Vordergrund steht, sondern die Gesellschaft ihre Fürsorgefunktion versteht und altersunabhängig umsetzt. Jede Familie (nicht nur das einzelne Kind) kann frühzeitig begleitet, beraten und unterstützt werden. Das deutsche Bildungssystem sollte sich ganz allgemein gegenüber vorhandenen, positiv vorgelebten Konzepten anderer Länder öffnen und seine Rahmenbedingungen überarbeiten. Getreu dem Motto: „Jeder kann etwas!“ Was genau das ist, muss jedoch herausgefunden, gefördert und in den Fokus gesetzt werden.

Förderstunden werden im Schulalltag oft nicht eingehalten und aufgrund von Personalmangel umfunktioniert. Die betroffenen Schüler/innen gehen jedoch ohne die ihnen zustehende Förderung im Schulunterricht unter. Darüber hinaus äußerten die pädagogischen Fachkräfte, dass Eingliederungshelfer/innen fachlich geschult und emphatisch sein müssen.

Die Teilnehmer/innen der AG bekräftigen das Prinzip **„Hilfen aus einer Hand“** und die Bündelung von Fördermöglichkeiten. Oft gibt es in den Klassen mehrere Assistenzen für die Schüler/innen, was zu einer undurchschaubaren und schlecht abgestimmten Förderlandschaft führt, welche nicht im Sinne des Kindes bzw. der Kinder ist. Um dem Personalmangel entgegen zu wirken und Ressourcen sinnvoll zu bündeln, bedarf es jedoch einer stärkeren Kooperationskultur. Pädagogische Fachkräfte widmen sich diesen Dingen oft in ihrer Freizeit. Zeitaufwendungen für Antragstellungen/ Dokumentationen, Fallbesprechungen sowie Kooperationen sind in ihrem Zeitkontingent momentan meist noch nicht berücksichtigt und werden dementsprechend nicht vergütet.

Darüber hinaus werden **transparente Verwaltungsprozesse**, für die Nachvollziehbarkeit von getroffenen Entscheidungen gefordert. Im Vordergrund

hierbei steht die Erfahrung der pädagogischen Fachkräfte bei der Antragstellung. Oft erhalten sie eine Ablehnung der Förderung ohne eine nachvollziehbare Begründung. Es wurde von zunehmend widersprüchlichen Fällen berichtet, die zeigen, wie ungleich Entscheidungen getroffen werden bzw. wie unterschiedlich der Wissensstand der einzelnen Sachbearbeiter/innen sein kann. So wurde einer Schule eine Assistenz gewährt, diese durfte jedoch nicht mit auf Klassenfahrt fahren, was dazu führte, dass der betroffene Schüler nicht mitfahren durfte und in dieser Zeit in der Schule verweilen musste.

**Feedback zur Veranstaltung**

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern:

Dokumentation: Sarah Karge, wiss. Mitarbeiterin der Kooperationsstelle inklusives Aufwachsen, karge@kobranet.de, 0331-97 99 46 70